

werden als 6 gewöhnliche Lebensjahre  
oder 60 Jahre. Kann mit 80 Jhr.  
berechnet und in unseren Annahmestellen  
und allen Angaben, Geldwerten  
angenommen. Reklamirt der Staat 1 Jhr.  
Schluß der Interimtsaufnahme vom  
11 Jhr. in der Sonntagsumnahme  
ebenso 6 Jhr.

Ercheidet täglich zweimal.  
Sonntags und Montags einmal.

Schrittsetzung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, G. Brauhausstraße 17;  
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

1914.

Justizminister Dr. Beseler:

88. Sitzung vom 25. Mai, 11 Uhr

11 Uhr 15 Minuten.

### Die Anträge.

Der Antrag Dartling (Nat.) und Gen. verlangt eine Nachprüfung, inwiefern die in der Verordnung von 1909 festgesetzte Klasseneinteilung mit den Erfahrungen, der Vorbildung und Anwärterzeit der eingetragenen Bewerber im Einklang stehe. Die Bewerber sollen sich im Einklang befinden, Vorseitigung von Beamten, ferner Einwirkung im Bundesrat auf Entscheidungen bezüglich der Reichsbeamten.

Antrag Schödder-Casfel (Nark.) fordert die Gemeinen Revision der Beoldungsordnung die Befekungswurfs, durch den verheiratete Beamte Gehaltszuschüsse der unteren Beamten eine jährliche 100 Mark, andere untere und mittlere Beamte Gehalt bis zu 3000 Mark, falls sie mehr als vier unter 16 Jahren haben, eine Zulage von 150

anderer Antrag Schröder-Kassel erucht die im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei der Organisation nicht mehr der sogenannte Einheitszimmersatz für eine angemessene Wohnung tatsächlich zu einem Aufwand berücksichtigt werden soll, ferner bezüglich der Aufschüsse für die Revision im Jahre 1911, ob sie nicht für die unteren Beamten einer Erhöhen eine Statistik der defassierten Orte aus dem dritter Antrag Schröder-Kassel fordert eine Neuordnung für die unteren und am geringsten.

mittleren Beamten, besonders im Hinblick auf der Stellen- und Feuerungsulagen. Der Antrag Kronjoh (Vpt.) will die Räumungsverfügungsfonds verringern und die dadurch gewinn zu fortlaufenden Weibissen an kinderreiche Familien verwenden. Ein weiterer Antrag Kronjoh fordert die Wohnungsverhältnisse aller Beamten der noch vor dem Jahre 1917.

nde Novelle bedeutet eine Ab-  
nom Jahre 1909. Mai der Re-

[illegible][illegible][illegible]

Regierung muß sich aber unbedingt dahin bemühen, die Forderungen der Bevölkerung zu berücksichtigen und die Folgen der Veränderungen zu mildern. Die Verhältnisse sind sich ständig verändernd, und die Folgen dieser Veränderungen werden sich auch in Zukunft geltend machen. Die Regierung ist mit der heutigen Lage konfrontiert und muß sich entscheiden, ob sie die Forderungen der Bevölkerung zu berücksichtigen und die Folgen der Veränderungen zu mildern will. Die Regierung ist mit der heutigen Lage konfrontiert und muß sich entscheiden, ob sie die Forderungen der Bevölkerung zu berücksichtigen und die Folgen der Veränderungen zu mildern will.

Weg! links). Eine kleine Zerknörung an der Fassade möge die  
Regierung selbst vorlagern. Nach der Novelle soll das Ge-  
biet mit dem Quarantänsertum nach seiner Verkleinerung in Re-  
gionen, dabei wurde nicht gerechnet, daß die Verkleinerung  
des Gebietes, das der Verordnungsgebiet sein würde. Da dies nicht  
geschähe, ist, folgend die Regierung einen vor, den 1. April  
als Zeitpunkt für das Inkrafttreten fest-  
setzen, damit die Beamten nicht unter der Vergrößerung leide-  
n (Vollst.). Die Verordnungsstelle erfordert einen Gesamt-  
umfang von 100 Millionen, die Verordnungsstelle von 100  
Millionen auf 100 Millionen und 85 Millionen auf  
übrige Vermaltung. Dazu kommen noch weitere Ausgaben.  
müssen die Diäten der noch nicht etatsmäßig angestellten  
Beamten gleichfalls erhöht werden; außerdem hat jede Er-  
höhung der Verordnungsstelle eine Erhöhung der Verordnungs-  
stelle, die die Verordnungsstelle von 100 Millionen auf 100  
Millionen, die Verordnungsstelle eine Aufbesserung des Be-  
sonders für die Verordnungsstelle, die die Verordnungsstelle  
tinnen Vork erfordert.

[illegible]

dem Grundsatz der Regierung  
zwischen Reichs- und preussisch

[illegible]

... Ausbildungsaufbesserung hat nicht

trifft sich bei der Beamtenchaft gebraucht, deren Wünsche nicht befriedigt als vordem hind. Jene Botsche zeigte großen Ansehen vorzuschaubem und als allgütige fiskalische Anweisung für die Ausübung des Finanzministeriums, die die Beamten in der Verwaltung der Beamten, die Regelung des Wohnungswirtschafts, des Befehl der Beamten. Der Finanzminister hat heute in optimistischen Wendungen gesprochen. In 20 Jahren läßt sich die Regierung vom Parlament drängen, die Beamten vorzunehmen, die sie selbst für notwendig hält. Die Forderungen sprechen nicht gegen den guten Geist in unserer Beamtenchaft. Die Verfassungsordnung von 1874 war eine große Last, die sich lösen lassen konnte. Die Beamten behielten ihre Ehre, gelassen in der Verwaltung der Beamten, die für die Beamten sorgen wie Kreuze. Daß in der Verfassungsordnung über noch einige Dingen waren, die befristet werden mußten, zugegeben. Kamentlich waren die Affilierten nicht zurückerhalten. Nun liegt es, daß die Verfassungsnoelle im Reich nicht ist. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, ich habe noch in meinem Bundesratsbüro gehört, der dem einflussreichen Mitglied des Reichstags schickte. Gosseltz nimmt ihm den Bundesrat daß noch zu.

den Bürgern ausgeprochen, daß bei den Gehältern der Beamten auch die Zahl der Kinder berücksichtigt werden möge. Leider ist der Finanzminister sich dieser sozialen Forderung noch nicht schloßen, einer Forderung, deren Berechtigung selbst Schiller erkannte. Denn am Schluß der Rede heißt es: „Ich fern mich von einem Mann, der elf lebendige Kinder hat; dem Manne kann ich schenken werden.“ (Geizigkeit.) So sprach der Räuberhauptmann, und lieierte sich selbst den Gelbten aus. Der Redner gab hierauf ausführlich auf die Unheiligkeit der Vorgänge in der Provinz, daß keine Freunde mehr hätten, alle Kassen leer, die Unmöglichkeit, noch einen Spruch: Neben das Seine! Rameau, die Automotivführer und die Eisenbahnen zu bestimmen hätten eine Verbesserung verdient, ebenso die Richter, die Ratgeber, die Reichenherren, die Bauwerksleiter, die Steuerfiskale, die Rentmeister, die Kreisallfengschwestern, andere Beamte mehr. Hoffentlich wird es in der Kommisfion erfolgen, den Wünschen der Beamten entgegenzukommen. „Ich bin bereit, die Vorlage so schnell wie möglich zu erledigen. (Wohlan! Im Zentre.)“

er hat die Auffassung vertreten, dass die Gesellschaft nicht endgültig gelöst ist.

Beisatz des Bundesrats noch ausstehe. Dagegen möchte ich feststellen, daß der Reichshofratseisrat im Auftrage der verbündeten Regierungen im Reichstag seine Erklärungen abgegeben hat, und wenn der Bundesrat formell noch nicht seinen Beisatz gefaßt hat, so ändert das nichts.

ldungsordnung von 1909 war ein

[illegible]

hat auch die Regierung anerkannt durch Einbringung der 6. Lage. Unsere Anträge sind nicht zur Vorlage eingebracht worden eingebracht, als es noch nicht bekannt war, daß die Regierung einen Entwurf einbringen würde. Hätten wir das gewußt, so wären die Anträge vielleicht etwas anders ausgefallen (Der Redner begründet im einzelnen seine Anträge). Der 3. unserer Anträge ist nicht der, daß alle Gefässer gleichmäßig füllt werden, sondern daß eine allgemeine Nachprüfung eintritt.

Wir haben immer dagegen angeklagt, daß der Reichs-  
"Ginhaltspreis" den Wohnungsgeldzahlenden zugrunde ge-  
wurde. Wenn Sie unseren Vorschlag gegenüber dem hiesi-  
gen Prinzip bei den befallenen Städten annehmen, wird sich be-  
stellen, daß das hiesige Prinzip reichlich fiskalisch und ökonomi-  
schon war. Wir sind mit der demselben Verhinderung der Be-  
zogenen um 100 Mark einverstanden. Wir sind daher ge-  
genüber dem Reichsprinzip in der Absicht, die Einkommensteu-  
er rückständig zu sein. Es ist aber richtig, vorausgesetzt, daß  
wünscht, daß die preußischen den Beamten der Reichs gleichge-  
achtet werden. Wir behaupten es aus dieser, daß die Wohnungs-  
im Reichstag gefordert ist. Und nach der heutigen Erklärung  
Ministers, daß er weitergehende Forderungen mit dem "Mann-  
er" beamteten werde, bleibt uns nichts anderes übrig, als  
Vorlage unbenutzt annehmen. Wir betrachten die lediglich  
in der Angelegenheit der Beamten der Finanzverwaltung  
in Verbindung mit dem Reichstag erklären, zu erklären, was  
eine Aufrechterhaltung der gehobenen Unterbeamten vorzunehmen  
bedeutet. Die finanziellen Bedenken der Finanzverwaltung we-  
den im nächsten Jahre dieselben sein. Eine allgemeine  
Reaktion der Wohnungsordnung ist nach Annahme der  
stehenden Novelle unmöglich.

[illegible]

Regierung für die  
Zahl von Beam-

[illegible]

Wir wünschen, daß die Regierung bei einer künftigen Lage auch Rücksicht auf die Familie und die Erziehung der Kinder nimmt. Je leichter es den Beamten wird, ihre Kinder zu ziehen, um so freudiger und besser werden sie ihre Pflichten erfüllen. Die Befürchtung, daß solche Erziehungsbeihilfen die verheirateten Beamten schädigen würden, ist unbegründet. Denn weilsen größte Teil unserer Beamten ist verheiratet; die Unverheirateten, die einer solchen Beihilfe am meisten bedürften, bekommen die meiste Unterstützung. Das Problem der Erziehungsbeihilfe mag schwer sein, aber es muß gelöst werden. Die Befragung ist keine Parteifrage, wir sind bereit, sie im Verein mit anderen Parteien zu lösen. (Beifall rechts.)

... nunmehr die Beratung unterbrechen und erst eini-

**Hg. Lippmann (Vp.):**  
Ich erhebe Widerspruch. Es ist doch ein eigenartiger Gang, eine so wichtige Sache abzusehen, um zunächst kleine Vorlagen zu beraten. Das ist nach der Geschäftsordnung unzulässig.

g) nicht um eine Abfezung.

Witz. Rittmann (Mn)

Der Vorgang sieht die Geiseln

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):  
Wenn der Präsident vorgeschlagen hätte, die Befehls-  
vorlage abzusehen und morgen fortzusetzen, dann hätte sich  
kein Widerspruch erhoben. Widerspruch wurde nur erhoben

Präsident Dr. Marika

Ich schlage deshalb vor, noch einen Redner zu der  
solbungsborlage zu hören und dann die kleineren Sachen  
zunehmen.

erhebe ich Widerspruch.  
 Selbstöffnungsordnung habe ich

Dr. Barsch vor, die Befoldungsvorlage jetzt abzugeben und mit der Beratung fortzusetzen.

mehr.

Es folgt die dritte Beratung des Eisenbahnanleihegesetzes.

g. Dr. Sderhoff (Greifon)

Wilhelmshaven ist geradezu von oldenburgischem Gebiet geschnürt, besonders von der Stadt Rüstringen. Die Verhandlungen über die Erweiterung des preussischen Gebiets haben lei-





